

GASTKOMMENTAR

Von **André Uzulis** zur weltweiten Sicherheitspolitik



„Die Entscheidung über die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht entfaltet jetzt in der Krise ihre volle Wucht. Es fehlt der Bundeswehr an ausreichender Personaltiefe.“

Neue Bündnisse dank Corona?

Die Corona-Krise verändert den Begriff Sicherheit. Wurde Sicherheit bislang unterteilt in die nach außen gerichtete, vor allem militärisch abgestützte Sicherheitspolitik und der durch die Polizei garantierte innere Sicherheit, so ist der Gesundheitsschutz als weitere Säule staatlicher Sicherheitsvorsorge hinzugekommen.

Die Bedrohung durch das Virus wird vielfach – etwa in den Reden des französischen und des amerikanischen Präsidenten – mit Begriffen aus der Kriegsrhetorik veranschaulicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält sich hier auf angenehme Art zurück. Ein Kampf aber ist es allemal. So nehmen es die Menschen allerorten wahr.

Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs personifiziert sich in Hans-Ulrich Holtherm, einer der höchsten Offiziere der Bundeswehr. Der Generalarzt wurde jüngst zum Leiter der neu geschaffenen Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitssicherheit, Nachhaltigkeit im Bundesgesundheitsministeriums berufen.

In der Sicherheitspolitik ist Corona in den vergangenen Wochen zu einem alles überlagernden Faktor geworden, der inzwischen die klassische Verteidigungsfähigkeit berührt. Die Bundeswehr hat rund 15.000 Soldaten abgestellt, um Amtshilfe gegen Corona zu leisten; es ist schon jetzt der größte Einsatz der Streitkräfte im Innern. Die personell klamme Truppe geht damit an den Rand des Leistbaren, denn die Aufträge zur Landes- und Bündnisverteidigung und die Beteiligung an internationalen Einsätzen bleiben ja bestehen.

Die Entscheidung über die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht entfaltet jetzt in der Krise ihre volle Wucht. Es fehlt der Bundeswehr an ausreichender Personaltiefe; von den Zivildienstleistenden ganz zu schweigen, die jetzt in Krankenhäusern und Pflegeheimen nötiger denn je wären. Die Politik muss auch zur Kenntnis nehmen, dass das Zurückfahren jeglicher Vorsorge im Zivilschutz nach der Wiedervereinigung ein Fehler war. Im Kalten Krieg war die Bundeswehr in der Lage, nicht weniger als 220 Behelfskrankenhäuser einzurichten – heute: keines. Eine strategische Reserve an Medikamenten und medizinischem Material: nicht vorhanden. Es war nach 1989/90 blauäugig zu glauben, dass es nie wieder

Krisen geben würde. Corona lehrt uns eines Besseren, und hoffentlich ziehen wir für die Zukunft die richtigen Schlüsse daraus.

Während Deutschland und seine Partner in der Nato vollauf mit dieser außergewöhnlichen Situation beschäftigt sind, testet Russland die Abwehrbereitschaft des Bündnisses. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat bereits davor gewarnt, dass aus der Gesundheitskrise eine Sicherheitskrise werden könnte. Die Nato registrierte „bedeutsame militärische Aktivitäten“ an ihrer Ostgrenze. Russland hat Ende März Manöver in seinen westlichen Militärdistrikten abgehalten, an denen 80.000 Soldaten beteiligt waren, darunter auch von nuklear bewaffneten Einheiten. Auch das zeigt, dass das Bündnis in Corona-Zeiten wachsam sein muss. Darauf zu hoffen, dass über kurz oder lang auch die russischen Streitkräfte coronageschwächt sein dürften, wäre zu wenig.

Die Nato musste ihr eigenes Manöver „Defender Europe 2020“ in diesem Frühjahr absagen. Es hätte die größte Übung seit Jahrzehnten werden sollen, bei der – in Anlehnung an die regelmäßigen „Reforger“-Übungen während des Kalten Krieges – zehntausende amerikanische Soldaten an die Ostgrenze des Bündnisses verlegt werden sollten. Es wäre ein klares Signal an Russland gewesen.

Neben ihren klassischen Aufgaben sieht sich die Nato wegen der Coronakrise auch noch auf einem anderen Gebiet herausgefordert. Italien und Spanien haben einen wenig bekannten Hilfsmechanismus des Bündnisses aktiviert, um Beistand im Kampf gegen das Virus zu bekommen: das Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Center. Dieses Instrument, das bislang ein Schattendasein führte,

zeigt in der Krise, was es kann. Es wurde 1998 gegründet und verbindet die Nato-Mitgliedsländer mit den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts einschließlich Russlands. Über dieses System lieferte die Nato – dank ihrer reibungslos funktionierenden Logistik schneller als die Europäische Union – bereits 10.000 Schutzanzüge nach Italien. Weitere Lieferungen werden derzeit abgewickelt oder geplant. Alleine die Ukraine hat um 150.000 Schutzanzüge und zwei Millionen Atemschutzmasken nachgesucht. Die angeforderten Güter kommen beispielsweise aus Tschechien oder der Türkei. Ausgeliefert werden können sie unter anderem über drei in Ungarn stationierte Großraumtransportflugzeuge.

Die Corona-Krise könnte langfristig die Sicherheitspolitik global verändern. Naturkatastrophen haben immer wieder gezeigt, dass Feinde zueinander fanden. Klassisches Beispiel ist der verheerende Tsunami von 2004, der zu einem nicht für möglich gehaltenen Dialog zwischen Aceh-Rebellen und der indonesischen Regierung führte. Erste Anzeichen für einen Wandel sind hier und da erkennbar. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Qatar und Kuwait haben begonnen, den Erzfeind Iran mit medizinischer Hilfe im Kampf gegen Corona zu unterstützen. In Libyen verhandeln die Konfliktparteien über einen Waffenstillstand. Und in Südamerika suchen Kolumbien und Venezuela Wege für eine Verständigung.

Es wäre zu hoffen, dass der Appell von UN-Generalsekretär António Guterres, in Zeiten von Corona weltweit die Waffen niederzulegen, etwas bringt. Immerhin unterstützen mehr als 70 Länder den Vorschlag von Guterres.

Zur Person: André Uzulis

■ Dr. André Uzulis, 1965 in Hannover geboren, hat nach dem Abitur bei unserer Zeitung volontiert und war Lokalredakteur in Gifhorn. Nach dem Studium der Geschichte und Politikwissenschaft arbeitete er unter anderem für die Deutsche Welle und die Welt am Sonntag. Von 2002 bis 2010 war er Chefredakteur des Nordkurier in Neubranden-

burg, später Auslandschef der Nachrichtenagentur ddpd sowie in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig.



■ Seit März ist Uzulis Chefredakteur des Magazins Loyal, der größten deutschsprachigen Zeitschrift für Sicherheitspolitik.